

Die Frage ist berechtigt, wenn man die Ergebnisse der Hals über Kopf zum 6. Mai nach Altenkirchen Westerwald einberufenen außerordentlichen Delegiertenversammlung des Liberalen Studentenbundes Deutschlands betrachtet. Die dorthin beorderten Delegierten haben nicht nur den drei Wochen vorher ordentlich gewählten Vorstand entmannt, sondern auch zwei erst unlängst gefaßte, für das positive politische Gesicht des LSD entscheidende Beschlüsse umgestoßen. Der LSD hatte nämlich auf seiner 13. ordentlichen Delegiertenversammlung (10. bis 19. 4. 1961) die Einladung der Marburger LSD-Gruppe an Dr. Dieckmann und die Initiative von Klaus Horn bestätigt. Er hatte auch beschlossen, die bestehenden Kontakte zu Studentenorganisationen sozialistischer Länder weiterzuführen und auszubauen. Alles in allem überweg auf dieser Versammlung das Bemühen, die gesamtdeutsche Verständigung zu suchen.

Unter den LSD-Mitgliedern gibt es solche Bestrebungen seit längerer Zeit. Aber noch nie waren sie so deutlich und offiziell wie auf jener 13. Delegiertenversammlung. Das hatte den 600 LSD-Mitgliedern nicht wenige Angriffe der CDU-orientierten Journalisten eingebracht. Der „Tagespiegel“ vom 30. 4. 1961 fragte provokierend: „Liberal-Studenten prosozialistisch? Doch unter den westdeutschen Studenten gab es nicht weniger viel Zustimmung.“

Die Metamorphose des LSD

Jetzt, nach Altenkirchen, jubiliert mit dem Innenministerium des SA-Mannes Schröder die Adenauer-Presse und — wir kommen noch darauf zu sprechen — der Parteivorstand der sogenannten Freien Demokraten. Warum? Weil Herr Nolte, das einzig erhaltene geliebene Vorstandsmittglied des LSD, den erstaunt aufhorchenden Presseleuten in Bonn mitteilte, daß man Klaus Horn laut Beschluß der außerordentlichen Delegiertenversammlung „scharf verurteilt“ und alle LSD-Gruppen angewiesen habe, sämtliche Beziehungen zu Vertretern sozialistischer Studentenorganisationen abzubrechen.

Die Metamorphose des LSD ist nun allerdings für den, der die politischen Praktiken des Bonner „freiheitlichen Rechtsstaates“ ein bißchen kennt, nicht so verwunderlich, wie es auf den ersten

Blick erscheinen mag. Dem klerikal-militaristischen Regime Bonn, das nur gewaltsame Einordnung der DDR in das NATO-Gebiet oder Verzicht auf jegliche Wiedervereinigung und damit Verewigung der Spaltung für möglich hält, erschienen die mit der 13. ordentlichen Delegiertenversammlung erneut ausgedrückten politischen Absichten eines großen Teils der liberalen Studenten schon gefährlich. Wer noch dazu gegen die atomare Aufrüstung streitet, wer indirekt die autoritäre CDU-Herrschaft als wissenschaftsfeindlich und

FDP unter Mende einen ausgesprochenen „Rechtsdrall“ habe. Die Entschiedenheit der Ablehnung der von Mende erstellten Koalition mit der CDU sollte durch Unterschrift bekräftigt und notfalls durch Austritt aus der FDP untermauert werden. Ein, angesichts der CDU-Katastrophenpolitik des atomaren Wettrüstens, gewiß gerechtfertigtes Unterfangen der liberalen Studenten, die den politischen Nachwuchs für die FDP stellen. Deren die Parteimacht ausübender rechter Flügel aber reagierte sauer. Parteivorsitzender Mende schrieb

Koalitionsabsichten der FDP noch nicht eingestellt. Sie fordern eine Koalition mit der — SPD. Es ist dies ein den Delegierten schlecht schmackhaft gemachter Versuch, in dieser Weise den politischen Kniefall vor den rechten Kräften der FDP gegenüber der Öffentlichkeit noch zu verbergen. Dieser wird allerdings durch die Absetzung des 2. Vorsitzenden des LSD, Dietrich, des Urhebers erwähnten Rundschreibens und eines zornigen Briefes an den Geschäftsführer der FDP, durch die „scharfe Mißbilligung des Verhaltens von Klaus Horn“ und durch den Beschluß, alle Beziehungen zu sozialistischen Studentenorganisationen abzubrechen, deutlich sichtbar gemacht. Von Mannesmut und Kämpfertum zeugt das nicht gerade. Das unterstreicht der aus Protest dagegen erfolgte Rücktritt des 3. Vorsitzenden des LSD Herrth (München). Uns bleibt nur zu bemerken, daß eine Koalition mit Brandt im Grunde genommen das gleiche ist wie eine Koalition mit der CDU-CSU. Es ist nur ein anderer Name für die gleiche perspektivlose Politik.

In der Gleichschaltungsmühle der CDU-Politik

Das politische Dilemma des LSD kann auch nicht vertuscht werden durch die fadenscheinige Begründung Noltes, die Beziehungen würden abgebrochen wegen der Verhaftung des „Ostreferenten“ des LSD durch die Sicherheitsorgane der CSSR. Nolte hält wahrscheinlich seine Hörer und Leser für politische Kinder. Denn besagter „Ostreferent“ wurde ob der Ausnutzung der ihm mehrfach großzügig gewährten Reiseerlaubnis in die CSSR (als Beobachter der Tagungen des ISB) zu Spionagezwecken, bereits Anfang Januar 1961 festgesetzt. Das war der 13. ordentlichen Delegiertenversammlung im April mehr als gut bekannt. Diese Sache war damals kein Hindernis, den Beschluß über den Ausbau der Beziehungen zu sozialistischen Studentenorganisationen zu fassen. Abgesehen davon haben sich eine Reihe Delegierte laut Beschluß zum Antrag 23a der 13. ordentlichen Delegiertenversammlung von den politischen Praktiken des „Ostreferenten“ Konecky distanzieren. Wer diesen Fall also jetzt zur Begründung destruktiver Beschlüsse anführt, will doch nur vertuschen, daß der LSD auf dem Umweg über FDP-Mende in die Gleichschaltungsmühle der CDU-Politik geraten ist.

Nicht „Rechtsdrall“, sondern gesamtdeutsche Verständigung festigt eigene Positionen

Wohin der Weg des LSD nun führt, wie sich die vordem recht erfreuliche Aktivität der liberalen Studenten, zu gesamtdeutscher Verständigung und internationaler Entspannung beizutragen, künftig entwickeln wird, bleibt abzuwarten. Noch wissen wir nicht, mit welchem Stimmenverhältnis jene Maßnahmen in Altenkirchen beschlossen wurden. Wir sind freilich überzeugt, daß der nun von der FDP auf den LSD überkommene „Rechtsdrall“ keineswegs den Wünschen der Mehrheit der LSD-Mitglieder entspricht.

Studenten Kolumbiens verteidigen kubanische Revolution

Die Studenten der Universität Bogota, der Hauptstadt der südamerikanischen Republik Kolumbien, sind — wie die Nachrichtenagentur Prensa Latina berichtet — bereit, jede Demonstration gegen die kubanische Revolution zu zerschlagen. Diese Warnung ist besonders an die „Nationale Aktion“ gerichtet, eine katholische Bewegung, die feindselig gegen die Revolution in Kuba auftritt. Eine öffentliche Kundgebung, die Mitglieder der „Nationalen Aktion“ inszenierten, wurde vereitelt.

Wenn man sich auf die Massen stützt

Die Freunde tauschten dann ihre Erfahrungen darüber aus, wo Volksvertretungen gut arbeiten. So erzählte Elke Busse, daß die Ständige Kommission Örtliche Wirtschaft im VEB (K) Elektrokühlung Leipzig gute Arbeit bei der Entwicklung der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit geleistet hat. Aber ihr gefiel eines nicht, und die Freunde waren der gleichen Ansicht, daß man mit solchen Erscheinungen endgültig Schluss machen muß: Als es darum ging, sich von den Bonner Störversuchen unabhängig zu machen, schuf der Rat der Stadt besondere Aktivs dafür, ohne mit der ständigen Kommission überhaupt dabei zusammenzuarbeiten. Günther Dobinski meinte: „Man kann wirklich viel erreichen, wenn man sich fest auf die Massen stützt. Das haben wir in Taucha erlebt, wo uns der DFD half, die Arbeitskräfte-sozium im Industrierätewerk zu beheben.“

Quo vadis LSD?

Von Wolfgang Brandt

gegen jede freie Geistesregung gerichtete klerikale Intransigenz bezeichnet, der muß, meinen Strauß, Schröder und Thedieck, die Grenzen der NATO-Freiheit gezeigt bekommen. Genannte Herren sind aber keineswegs darauf angewiesen, dergleichen Geschäfte immer selbst zu besorgen.

Ritterkreuzträger Mende droht mit Bann und Spaltung

So sah sich denn die liberale Studentenorganisation seit Wochen einem enormen Druck seitens einer Reihe Parteigewaltiger der FDP, insbesondere ihres Bosses Mende und Geschäftsführers Flach, ausgesetzt. Die zum Vorwand genommene res contravaria war ein Rundschreiben der Berliner Organisation des LSD. Darin hieß es: „Durch Koalition mit der CDU würde die FDP ihr Gesicht verlieren“ und weiter, daß die

dem damals noch residierenden Vorsitzenden des LSD, Bahls, einen Drohbrief: „Ich ersuche Sie daher, diese Aktion sofort einzustellen... Sollte ich irgendwie Zweifel an der Loyalität des Bundesvorstandes des LSD hinsichtlich der von mir geforderten Distanzierung hegen, werde ich auf der nächsten Bundesvorstandssitzung den Antrag auf sofortige Trennung der Bundespartei vom LSD stellen. Es ist besser wir trennen uns sofort, als daß wir uns derartiger volksdemokratische Resolutionsaktionen bieten lassen.“ (Rückdruck: Ritterkreuzträger Mende.) Intern für den Vorstand der FDP ergänzte er sein rüchliches Edikt noch: „Wir werden dann den gleichen Schritt tun, den die SPD hinsichtlich des Sozialistischen Studentenbundes für nötig hielt.“ Das ist weder liberal noch demokratisch, sondern Infamie. Denn es bedeutet Spaltung des LSD, Sperrung aller Mittel, Kündigung ihm überlassener Räume etc. p. p.

Canossagang gegen den Willen der Mitglieder

Beachtlich, daß sich der LSD zunächst nicht ins Bodshorn jagen ließ. Vielmehr bekräftigte er auf der erwähnten 13. ordentlichen Delegiertenversammlung ausdrücklich seine Ablehnung der beabsichtigten Koalition der FDP mit der CDU durch Antragsbeschluß. Allerdings konnten die Delegierten damals den vollen Wortlaut des Mendeschens Repressionsbriefes nicht, Bahls als Bundesvorsitzender weigerte sich beharrlich, ihn kundzutun, weswegen er fast noch drei Stunden vor der Neuwahl gestürzt worden wäre. Der neue Erste Bundesvorsitzende des LSD, Nolte (Göttingen), ist vermutlich inzwischen dahintergekommen. Eine in Bonn geführte Aussprache mit dem FDP-Vorstand und dem vom Seiloren-Verband des LSD kommandierten Beirat des Studentenbundes, hat ihn nun wohl doch Konsequenzen fürchten lassen, die der mit der 13. ordentlichen Delegiertenversammlung eingeschlagene Kurs mit sich bringen könnte. So berief er jene außerordentliche Delegiertenversammlung nach Altenkirchen ein und verkündete an ihrem Schluß, daß „der LSD sich um Wiederherstellung eines guten Verhältnisses zur FDP bemühen wolle“.

Der Canossagang zu den Parteigewaltigen ist also vollkommen. Vorerst haben FDP-Mende und seinesgleichen den Auftrag der Atomkriegspolitik erfüllt.

Koalition mit der SPD?

Nun hat sich freilich auf dieser Konferenz der von Mende geforderte Umschwung in der Haltung der LSD-Mitglieder zu den



Mit der Umwandlung der Südafrikanischen Union in eine Republik will das faschistische Apartheid-Regime zugleich noch schärfer die Politik der Rassentrennung und -unterdrückung praktizieren. Fast alle Regierungen der Welt haben sich in Erklärungen von dem blutigen Terror in Südafrika distanzieren, und viele Staaten haben Boykottmaßnahmen ergriffen. Das hält aber Bonn nicht davon ab, seine Partnerbeziehungen zu dem faschistischen Regime noch enger zu gestalten. Doch der Widerstand der westdeutschen Bevölkerung gegen eine solche Politik wächst. So löhten bereits im vergangenen Jahr westdeutsche Studenten Demonstrationen gegen den faschistischen Rassenterror in Südafrika durch. Unser Bild zeigt eine solche Demonstration in Köln. (Foto: ZB)

Von den neuen Ordnungen und einer späten Praktikumsauswertung

Worüber es in der Seminargruppe 2 der Juristen heiße Köpfe in der Diskussion gab.

Am vergangenen Dienstag hatten die Freunde des Seminars 2 (2. Studienjahr) der Juristen eine Diskussion, auf der es „um“ ging. Am Schluß der einstündigen Debatte meinte ein Freund: „Das hat uns wirklich etwas gegeben.“ Dabei war es „um“ eine Aussprache über die Entwürfe der neuen Ordnungen für die Arbeit der örtlichen Volksvertretungen. Nein, eigentlich war es eine spätere Auswertung des Praktikums vom Februar dieses Jahres. Genau besehen aber war es beides zugleich, und deshalb war diese Diskussion so schaff und fruchtbar!

Wie kam es dazu? Die Freunde lernten im Praktikum die Arbeit der örtlichen Organe der Staatsmacht im Stadt- und Landkreis Leipzig kennen. Sie studierten die Arbeitsweise der örtlichen Volksvertretungen, der Räte der Kreise bzw. Stadtbezirke, ihrer Fachabteilungen. Und sie halfen vor allem mit, die Arbeit der Ständigen Kommissionen zu verbessern. Einige Freunde gaben konkrete Hinweise zur Verbesserung der Arbeit, die aber nicht in jedem Falle von den Staatsfunktionären gemeinsam mit den Studenten gründlich ausgewertet wurden (so erging es zum Beispiel den Freunden, die beim Rat des Landkreises eingesetzt waren). Sie kamen alle mit einer Fülle von Erfahrungen und Fragen zurück an die Fakultät. Einige Probleme wurden zwar in verschiedenen Vorlesungen behandelt. Aber so recht zufrieden waren die Freunde mit der Auswertung ihrer Erfahrungen aus dem Praktikum nicht.

Als nun die Entwürfe der Ordnungen über die Aufgaben und die Arbeitsweise der örtlichen Volksvertretungen und deren

Organe zur Diskussion standen, sagten sich die Genossen: Das Beste ist es, wenn wir beides miteinander verbinden.

Vom Leben diktiert

So trafen sich dann die Freunde im Klubzimmer der Fakultät, nach dem alle vorher gründlich die Entwürfe, manche noch theoretische Materialien dazu studiert hatten. Einige hatten sich sogar Konzepte gemacht. Die erste Frage warf Bernd Kaden, der Parteiorganisator, in die Debatte: „Was ist eigentlich das Neue gegenüber den Gesetzen von 1957 oder 1962?“ Er selbst meinte gleich dazu, daß die neuen Ordnungen die besten Erfahrungen in der Arbeit der Volksvertretungen und Staatsorgane verallgemeinern und dadurch auf eine höhere Qualität der Arbeit hinführen. Die gegenseitige Abgrenzung der Aufgaben sei Voraussetzung für das komplexe Zusammenwirken der einzelnen Organe. Günther Dobinski gab ihm recht, betonte nur, daß die neuen Ordnungen keinen Bruch gegenüber 1957 darstellen. Helga Wolf war temperamentvoll ein, die Bestimmungen von 1957 würden noch weiten Spielraum für die Verbesserung der Arbeit geben. Aber im Prinzip war man sich einig: Die neuen Ordnungen beruhen auf dem grundlegenden Gesetz vom Januar 1957, sie entsprechen der neuen Etappe unserer gesellschaftlichen Entwicklung, sie stellen eine gesetzmäßige Weiterentwicklung des demokratischen Zentralismus dar, sie haben die überragende Stellung der gewählten Volksvertretungen hervor und sind ein großartiges Instrument zur Einbeziehung der Massen in die Ausübung der Staatsmacht.

Disput um Volksvertreter

Blieb die Diskussion bis hierhin noch allgemein, so waren die Freunde schon im schönsten Streitgespräch, als einige Mädchen auf die ständigen Kommissionen zu sprechen kamen. Da wurde es sofort konkret. Jeder rückte mit seinen Erfahrungen aus dem Praktikum an. Regine Duve begann: „Ich finde es gut, daß die ständigen Kommissionen im Entwurf mehr herauskommen. Wie notwendig das ist, haben wir doch alle im Praktikum erlebt.“ Bernd Kaden holte tief Luft und legte los: „Also bei uns im Kreis Leipzig-Land war das so: Die Ständige Kommission Örtliche Industrie und der Rat haben völlig nebeneinander gearbeitet. Erstere machte einen allgemeinen Erfahrungsaustausch mit Kommissionen aus den Gemeinden, während der Rat sich auch in den örtlichen Betrieben um die rasche Unabhängigmachung von Bonner Störversuchen bemühte. Der Kommissionsvorsitzende wurde vom Rat nicht herangezogen.“ Darauf sagte Marianne Klug: „Es stimmt, bei uns bestand keine Zusammenarbeit. Gerade deshalb scheint mir der Abschnitt im Entwurf doch sehr wesentlich zu sein, wo es heißt, daß die Leiter der Fachabteilungen der Räte künftig als Mitglieder der ständigen Kommissionen gewählt werden können.“ Günther Dobinski, er war wie die beiden ebenfalls beim Landkreis eingesetzt, unterstrich das noch: „Im Rat wurde immer gesagt, ach, laßt uns doch mit den Volksvertretungen in Frieden, die machen ja sowieso nichts.“ Elfriede Steller widersprach ihm: „Aber die Volksvertreter müssen sich doch wirklich qualifizieren.“ Helga Wolf konterte erregt: „Nein, zu allererst müssen die Kollegen

MARGINALIEN

Dichtung und Wahrheit

Man nehme eine Zeitung aus der DDR, lese sie sorgfältig, greife einen Fakt heraus, der stimmt, behaupte ansonsten das Gegenteil des Veröffentlichten und quittiere sodann an der Kasse über das Honorar.

Nach diesem Rezept pflegen gewisse westdeutsche Journalisten ihre „Wahrheitsgemäßen“ Informationen über die DDR an den Mann zu bringen. Daß es die — fälschlicherweise Rundfunksender genannte — Westberliner Agentenzentrale RIAS in dieser „Kunst“ zu einer besonderen Virtuosität gebracht hat, bewies sie wieder einmal mit ihrer 4-Uhr-Sendung am 13. Mai 1961.

Eine Tatsache konnten selbst die kalten Krieger des RIAS nicht verleugnen: Zwischen Studenten der Karl-Marx-Universität und des Ringes Freier Studenten der Universität Marburg hatte in Leipzig ein Seminar über Lenins Lehre von der friedlichen Koexistenz stattgefunden. Da die „Universitätszeitung“ Nr. 10/61 auch den RIAS-Redakteuren vorlag, besaßen sie eine brauchbare Vorlage, aus Wahrheit Wunschtraume zu fabrizieren, und sie logen und fälschten munter drauflos.

Die „UZ“ hatte berichtet:

„Der Marburger Korreferent Ernst Ulbrich verlegte sich auf die Historie, er hob die amerikanische Monroe-Doktrin von 1823 zum Vorläufer der Leninschen Koexistenzgedanken, zitierte Chruschtschow, Eisenhower, Tito und Kreisky und bezweifelte in der Endkonsequenz, daß es eine Leninsche Lehre von der friedlichen Koexistenz überhaupt gibt. Man müsse vielmehr eine entsprechende Theorie erst erarbeiten, dann könne man sich der aktuellen Praxis zuwenden.“

Auf diesen offenkundig dogmatisch-formalen Einwand entgegnete Christa Gröber...

Über die Atherwellen des RIAS hörte man den gleichen Text wie folgt:

„Eine von der SED und FDJ unerwartete Diskussion über die Koexistenz hat sich an der Karl-Marx-Universität Leipzig entwickelt. Die Studenten behaupten im Gegensatz zur Parteipropaganda, daß es eine Lehre von der friedlichen Koexistenz überhaupt nicht gibt. Sie berufen sich dabei u. a. auf die Monroe-Doktrin aus dem Jahre 1823. Darin sehen die Leipziger Studenten bereits einen Ausdruck des Koexistenzgedankens. Die überraschten Funktionäre konnten darauf nur erwidern, daß es sich bei dieser Auffassung um offenkundig dogmatisch-formalistische Einwände handelt.“

Nach Redaktionsschluß:

Wie die „UZ“ aus Marburg erfuhr, bezeichnete der Student Ernst Ulbrich seine vom RIAS mitgeteilte Verwandlung in „die Studenten der Karl-Marx-Universität Leipzig“ als biologisches Wunder, das er sich nicht erklären könne. Der RIAS wies diese Anschuldigung mit dem Hinweis auf seine Erfolge in der Entzucht zurück und betonte, weder läge ein Wunder vor noch brauche sich irgend jemand über seine beunstandete Sendung zu wundern.

Letzteres sei ihm — ausnahmsweise — gern geglaubt. —plg

Mensastreik in Saarbrücken

Die Studenten der Saarland-Universität in Saarbrücken boykottierten am Dienstag der vergangenen Woche ihre Mensa aus Protest gegen das schlechte Essen, die Erhöhung der Essenspreise und den Platzmangel in der Mensa.

Stoff für die Konsultation

In zwei Fragen waren sich die Freunde nicht so einig. Die erste warf Regine Duve auf, als sie fragte, ob denn eine konsequente Spezialisierung der Kommissionsmitglieder das richtige Prinzip sei. Die Erfahrungen und Meinungen dazu waren unterschiedlich, darauf läßt sich wahrscheinlich auch keine Patentantwort geben. Das andere Problem war, ob nicht die Rolle der Justizorgane in den Entwürfen zu kurz kommt (Bernd Kaden). Günther lachte: „Wohl weil wir Juristen sind?“ Karl Oertel meinte, das Wichtigste komme schon zum Ausdruck. Wolfgang Kürt verwie auf einen ausführlichen Fachartikel, ein anderer auf einen Diskussionsbeitrag im „ND“ dazu. Auf jeden Fall gibt das noch Stoff für die Konsultation.

Die Freunde, die im Landkreis waren, nahmen sich fest vor, mit den Kollegen vom Rat wieder Verbindung aufzunehmen und die damals nicht zustande gekommene Beratung im Zusammenhang mit den neuen Ordnungen doch noch irgendwie nachzubilden.

Nicht nur für Juristen

Die Aussprache war ein Erfolg. Doch nun mögen manche meinen: Was geht uns die Diskussion über die neuen Ordnungen an? Die Verbesserung der Arbeit der Volksvertretungen und Staatsorgane ist doch aber kein speziell „juristisches“ Problem. Sie geht alle an. Vielleicht nehmen sich die Studenten der WiFa, des FMI, der Journalisten, der Landwirtschaftlichen Fakultät und nicht nur die Freunde dieser Fakultäten daran ein Beispiel. W. Schulz

Universitätszeitung, Nr. 23, 6. 6. 1961, S. 5